

Der Brief Kaiser Wilhelms an Präsident Wilson

Sp. London, 7. d. (Reuter.) Der Text des Briefes, den der deutsche Kaiser an Präsident Wilson am 10. August 1914 übersandte, und den Gerard am gleichen Abend telegraphiert hat, ist in extenso folgender: 1. Prinz Heinrich wurde vom König Georg V. empfangen, der ihm mündlich auftrug, mir zu sagen, daß England neutral bleibe im Falle, daß ein Krieg auf dem Kontinent zwischen Deutschland, Frankreich, Oesterreich-Ungarn ausbrechen sollte. Diese Botschaft wurde mir durch meinen Bruder von London nach seinem Gespräche mit dem König telegraphiert und wurde mir am 29. Juli mündlich wiederholt.

2. Mein Botschafter in London teilte die von Sir Edward Grey nach Berlin gesandte Botschaft mit, welche besagt, daß England nur eingreifen würde, wenn Frankreich vernichtet würde.

3. Mein Botschafter in London meldete am 30. Juli, daß ihm Sir E. Grey im Verlaufe einer besondern Unterredung erklärt habe, daß, wenn der Konflikt auf Rußland (nicht Serbien) und Oesterreich beschränkt bliebe, sich England nicht rühren würde. Doch wenn wir uns in den Krieg einmischen würden, würde es einen schnellen Entschluß fassen und weittragende Maßnahmen treffen, d. h. wenn ich das mit verbündete Oesterreich sich allein schlagen ließe, würde England mich ruhig lassen.

4. Da diese Mitteilung vollständig der Botschaft zuwiderließ, welche mir der König mitgeteilt hatte, telegraphierte ich S. M. am 20. oder am 30. Juli dies, danke ihr für die von meinem Bruder überbrachte liebenswürdige Botschaft, und bat ihn, seinen ganzen Einfluß zu verwenden, um zu verhindern, daß Frankreich und Rußland Kriegsvorbereitungen treffen, welche mich in meinen Vermittlungsaustretungen verhindert haben würden. Ich fügte hinzu, daß ich mit dem Zaren in ständiger Verbindung stehe. Der König antwortete mir im Laufe des Abends in liebenswürdiger Weise, daß er seiner Regierung die Weisung gegeben habe, ihren ganzen Einfluß auf ihre Alliierten auszuüben, um zu verhindern, daß sie irgend welche provozierende militärische Maßnahmen treffen. S. M. fragte mich gleichzeitig an, ob ich die Uebermittlung des englischen Vorschlages nach Wien, nach welchem Oesterreich Belgrad und einige andere serbische Städte beschlagnahmen sollte, annehme. Außerdem sollte Oesterreich sich in den Besitz eines Terrainsstreifens als Faustpfand setzen, um eine Garantie für die andern schriftlich niedergelegten serbischen Versprechen zu haben. Dieser nämliche Vorschlag wurde mir im gleichen Moment von Wien für London telegraphiert in vollständiger Uebereinstimmung mit dem englischen Vorschlage. Außerdem hatte ich die Mitteilung dem Zaren von mir aus telegraphiert, bevor ich sie von London oder Wien erhalten hatte.

5. Ich übermittelte sofort die Telegramme vice-versa Wien und London. Ich fühlte, daß ich so die Ereignisse verzögern konnte und ich freute mich in der Voraussicht, daß die Frage friedlich geregelt werden könnte.

6. Während ich am folgenden Tage die Note an den Zaren vorbereitete und ihn benachrichtigen wollte, daß Wien, London und Berlin sich über die einzuschlagenden Schritte verständigt hätten, telephonierte mir der Kanzler, daß der Zar die vorhergehende Nacht die vollständige Mobilisation der russischen Armee befohlen hatte, was natürlich gegen Deutschland gerichtet war, weil bis anhin die Armeen des Südens gegen Oesterreich mobilisiert worden waren.

7. Mein Botschafter in London benachrichtigte mich telegraphisch, daß er zu wissen glaube, daß die englische Regierung die Neutralität Frankreichs garantiere und er zu erfahren wünsche, ob sich Deutschland jedes Angriffes enthalten würde. Ich telegraphierte persönlich dem Könige, daß die Mobilisation nicht mehr rückgängig gemacht werden könne, da sie schon angeordnet worden sei, doch wenn S. M. die Neutralität Frankreichs mit seinen Streitkräften garantieren könne, würde ich auf den Angriff auf Frankreich verzichten und es beiseite lassen. Meine Truppen würde ich sonstwo verwenden. S. M. antwortete, daß sie glaube, daß mein Vorschlag auf ein Mißverständnis begründet sei, und daß, soweit ich weiß, Sir Ed. Grey mein Anerbieten nie ernst genommen hat. Er gab weiter keine Antwort und erklärte statt dessen, daß England die Neutralität Belgiens verteidigen müsse, die Deutschland aus

strategischen Gründen verletzen mußte, weil man schon benachrichtigt worden war, daß Frankreich Vorbereitungen treffe, um in Belgien einzumarschieren, und weil der König von Belgien mein Gesuch um freien Durchzug zurückgewiesen hatte, obwohl ich die Unabhängigkeit seines Landes garantierte. Ich bin dem Präsidenten für seine Botschaft sehr dankbar." (gez.) Wilhelm I. R.

Gerard erzählt hierauf, wie er beim Kaiser eine Audienz verlangt habe, um ihm Kenntnis zu geben von dem Angebote Wilsons, daß er zwischen den kriegführenden Mächten vermitteln wolle. Wilhelm II. empfing ihn im Garten seines Palastes in Berlin. Während der Audienz setzte der Kaiser das an Wilson gerichtete Dokument selbst auf und bat Gerard, es zu telegraphieren. Während des gleichen Nachmittages suchte eine in Deutschland sehr hochgestellte Persönlichkeit Gerard auf der Botschaft der Vereinigten Staaten auf und bat ihn, im Interesse der guten Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland, die Botschaft des Kaisers an Wilson nicht zu veröffentlichen, was Gerard annahm.

Gerard macht hierauf folgenden Kommentar zur Botschaft des Kaisers:

In diesem interessanten Dokument tritt vor allem die Verletzung der Neutralität Belgiens zutage, dessen Gebiet nach den Worten des Kaisers von Deutschland aus strategischen Gründen verletzt werden mußte. Man fügt die schwache Entschuldigung hinzu, daß man benachrichtigt worden sei, daß Frankreich seinen Einmarsch in Belgien vorbereite, ohne nur die Spur von einem Beweis zu haben, daß von seiten Frankreichs vor der Invasion des unglücklichen Landes durch Deutschland eine vorangehende Grenzverletzung begangen worden sei.

Der „Daily Telegraph“ bringt weitere Mitteilungen des früheren Botschafters Gerard, der sich namentlich über die in der Nacht vom 7. Oktober 1914 in einem Nebengebäude der amerikanischen Botschaft in Berlin vorgenommene Haussuchung schwer beklagt. Die Amerikaner hatten die Hilfeleistung für jene englischen Zivilpersonen übernommen, die bei der Eröffnung der Feindseligkeiten in Berlin zurückgehalten worden waren. In dem früheren britischen Konsulatsgebäude hatten die Amerikaner ein Hilfsbureau eingerichtet, auf welchem mit Erlaubnis des deutschen Staatssekretärs des Auswärtigen englische Untertanen beschäftigt wurden. Am 2. Oktober war der zweite Sekretär der amerikanischen Botschaft, Harvey, Zeuge einer von Berliner Polizisten vorgenommenen Haussuchung in dem erwähnten Nebengebäude. Die Angestellten, Männer und Frauen, wurden verhaftet; Papiere und Bücher wurden beschlagnahmt. Am andern Morgen fand an Ort und Stelle eine Untersuchung statt, wobei es sich herausstellte, daß die Haussuchung auf Weisung des Staatssekretärs des Auswärtigen stattgefunden hatte. Gerard besagte sich darauf nach dem Ministerium des Auswärtigen, wo ihm von den dortigen Beamten mitgeteilt wurde, daß der Befehl nicht von ihnen ausgegangen sei. Immerhin entschuldigte man sich gegenüber der Botschaft. Als sich Gerard an die Militärbehörde der Kommandantur wandte, wurde ihm am 10. Oktober der Bescheid zuteil, die Haussuchung sei auf Weisung des Ministers des Auswärtigen und des Marineministers vorgenommen worden. Nun ist aber allgemein anerkannter Grundsatz, daß Bücher und Schriftstücke einer Botschaft, einschließlich derjenigen Dokumente, welche dieser Botschaft von einer fremden Nation vorübergehend anvertraut sind, nicht angetastet werden dürfen. Der Minister des Auswärtigen sah dann ein, daß er eine Ungehörigkeit begangen habe und Zimmermann ersuchte Herrn Gerard, den Zwischenfall zu vergessen, was Gerard versprach. Gerard vergleicht die Haltung der deutschen Regierung mit derjenigen der amerikanischen Regierung, welche die Dokumente von Igel, der in den Vereinigten Staaten Spionage für Deutschland getrieben hatte, nicht beschlagnahmen ließ. Als dann das Treiben Igels bekannt wurde, verwahrte sich der deutsche Botschafter gegen die Beschlagnahme der Papiere mit der Begründung, von Igel sei Angestellter der deutschen Botschaft in Washington.

Sp. Paris, 7. d. Die Blätter beschäftigen sich eingehend mit den Enthüllungen des früheren Botschafters der Vereinigten Staaten in Berlin. Sie erblicken darin eine überzeugende Bestätigung der schlimmen Absichten des deutschen Kaisers, der Mitschuld der deutschen Regierung an dem Ultimatum gegen Serbien, endlich der Bemühungen der Deutschen, England zur Neutralität im Weltkriege zu veranlassen. Die deutschen Intrigen seien jedoch an der Vernunft und am Patriotismus der Engländer gescheitert.